



Vom Stabilitätsanker zum Unsicherheitsfaktor

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat der Ampel-Regierung vorgeworfen, die Rolle Deutschlands als europäischer Stabilitätsanker zu verspielen. Merz sagte im Bundestag: „Von keinem Land geht so viel Unsicherheit und so viel Unklarheit aus in Europa wie gegenwärtig von Deutschland.“ Gut sei deshalb, dass die Europäische Volkspartei, zu der CDU und CSU gehören, als klare Siegerin aus der Europawahl hervorgegangen sei. Auch begrüßte er, dass der Europäische Rat Ursula von der Leyen erneut als EU-Kommissionspräsidentin nominiert hat.

Darüber sowie über den Anfang Juli bevorstehenden NATO-Jubiläumsgipfel gab Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag eine Regierungserklärung ab, auf die Merz in seiner Eigenschaft als Oppositionsführer antwortete. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende nannte als größte Herausforderungen, vor denen Europa in nächster Zeit steht, den Ausbau der Verteidigungsfähigkeit und die Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit.

Vor den Bedrohungen durch eine „Achse der Autokratien“ warnte Merz eindringlich. Repressive Regime wie Russland, Iran, Nordkorea und China arbeiteten nicht isoliert voneinander, sondern forderten die Demokratien des Westens in einem offenen Systemkonflikt gemeinsam heraus. In der Ukraine und in Israel entscheide sich daher nicht nur das Schicksal der dort lebenden Menschen, sagte Merz. „Dort entscheidet sich auch die Frage, ob Demokratien im 21. Jahrhundert gegen die Aggression von Autokratien bestehen können – und ob wir als europäische Wertegemeinschaft die Kraft und überhaupt den politischen Willen zu unserer gemeinsamen Verteidigung aufbringen.“ Vor diesem Hintergrund zeigte sich Merz erschüttert über die zerstrittene und unfähige Regierungskoalition in Berlin. Als Beispiele für deren Unfähigkeit nannte er die Tatsache, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Ranking immer weiter absinke. Deutschland sei erneut der „kranke Mann Europas“.

Die Unionsspitzen kritisierten die Koalition auch für ihr Unvermögen, rechtzeitig einen Haushalt für das Jahr 2025 aufzustellen. Der Kabinettsentwurf verzögert sich bis in die parlamentarische Sommerpause. Unklar bleibt somit unter anderem, wie die Regierung das der NATO gegebene Versprechen einhalten will, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Verteidigung zu investieren.

Mit Blick auf Migration und Integration bemängelte Merz das neue Staatsbürgerschaftsrecht, das die Regierung in Kraft gesetzt hat. Es zerstöre das soziale Gefüge in Deutschland, sagte er. Als Fazit hielt der Fraktionschef fest, dass die Koalition in keiner Frage mehr die Zustimmung der Bevölkerung hinter sich vereinen könne. Doch nicht einmal das schlechte Abschneiden der Ampel-Parteien bei der Europawahl führe zu Selbstkritik oder gar Selbstkorrektur.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



die Migrationspolitik der Bundesregierung hat keinen Rückhalt bei der Mehrheit der Bevölkerung, dies ist bei den vergangenen Europawahlen sehr deutlich geworden. Deutschland befindet sich in einer anhaltenden schweren Migrationskrise. Bereits zum zweiten Mal innerhalb nur eines Jahrzehnts sieht sich unser Land mit der größten Zahl von Flüchtlingen und Migranten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges konfrontiert.

Das Ausmaß und die Geschwindigkeit der Migrationsbewegung überfordern die Aufnahme- und Integrationsfähigkeit unseres Landes bei Weitem. Die Belastungsgrenze ist in den meisten Kommunen längst überschritten. Deutschland muss den Zuzug von Asylbewerbern im ersten Schritt durch kurzfristig wirksame Maßnahmen signifikant verringern. Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat dazu in zahlreichen Anträgen wirksame Maßnahmen vorgelegt. Da der EU-Außengrenzschutz noch nicht gut genug funktioniert, gehört zu ihnen auch, dass Grenzkontrollen prinzipiell mit der Zurückweisung von bestimmten Personengruppen verbunden werden müssen. Langfristig wird ein Stopp der irregulären und eine nachhaltige Begrenzung der humanitären Migration jedoch nur durch einen grundlegenden Wandel im europäischen Asylrecht sicherzustellen sein. Wir wollen einen besseren Grenzschutz in Europa und an den nationalen Grenzen und Anreize für die Weiterreise von Flüchtlingen nach Deutschland abbauen.

Diese Woche haben wir in einem Antrag zudem klar gemacht, dass wir ein Drittstaatsmodell realisieren wollen, in dessen Rahmen jeder in einen sicheren Drittstaat außerhalb Europas überführt wird und dort ein Asylverfahren durchlaufen soll, der nach einem festzusetzenden Stichtag in der EU Asyl beantragt. Im Falle eines positiven Ausgangs wird der sichere Drittstaat vor Ort Schutz gewähren. Im Falle eines negativen Ausgangs soll der Antragssteller aus dem sicheren Drittstaat in sein Herkunftsland zurückkehren oder aber zurückgeführt werden. Mit einem solchen Modell zerschlägt Europa das menschenverachtende Geschäft der Schleuser, denn es hat unter diesen Umständen keinen Sinn mehr, sich auf den gefährlichen und teuren Weg nach Europa zu begeben und reduziert die Einreisen deutlich.

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Straßen endlich vernünftig stärken

Der Bundestag hat gestern erstmals den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Bundesverkehrswegeplan 2030 zügig umsetzen – Straße als Hauptverkehrsträger stärken“ beraten. Die Straße ist und bleibt der Verkehrsträger Nummer Eins. Die Verkehrsprognosen sind eindeutig: Es wird auf unseren Straßen auch zukünftig zu einem hohen Verkehrswachstum kommen. Der Bundesverkehrsminister muss einen stärkeren Fokus auf unsere Bundesfernstraßen legen. Die Sanierung und der Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen müssen Priorität haben. Mit der Lkw-Maut nimmt der Verkehrsminister jährlich 14 Milliarden Euro ein. Nur ein Bruchteil davon kommt der Verkehrsinfrastruktur zugute. Volker Wissing muss endlich Einsatz zeigen und für den Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur kämpfen. Der Bundesverkehrswegeplan muss zügig abgearbeitet werden. Eine gut ausgebaute und funktionierende Infrastruktur ist Grundbedingung für wirtschaftliches Wachstum.

Die Bilanz der Ampel-Regierung bei der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplanes 2030 fällt desaströs aus. Die Investitionen in die Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur sinken, weil die aktuellen Material-, Bau- und Planungskosten bei Infrastrukturvorhaben im Bundeshaushalt nicht abgebildet werden. Weitere Kürzungen bei der Autobahn GmbH des Bundes, wie sie die Ampel-Regierung für den Bundeshaushalt 2025 plant, sind Gift für das wirtschaftliche Wachstum. Ausschreibungen werden gestoppt, Planungen werden nicht vorangetrieben. Wertvolle Zeit geht verloren, die Straße als Hauptverkehrsträger zu stärken. Es braucht neben hohen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur auch die Wiedereinführung des Finanzierungskreislaufs ‚Straße finanziert Straße‘, mehr ÖPP-Projekte sowie die Umsetzung der Beschlüsse zur Planungsbeschleunigung mit den Ländern vom November 2023.

Ampel-Agrarpaket ist Luftnummer

Entlastungen und Entbürokratisierung in der Landwirtschaft sind in weiter Ferne
Das sogenannte Agrarpaket der Ampel war am Donnerstag Thema auf dem Deutschen Bauerntag und wird am heutigen Freitag erstmals im Bundestag beraten.

Das Ampel-Paketchen für die Landwirtschaft ist eine Luftnummer. Es liegt an der Führungsschwäche von Minister Cem Özdemir, dass die Ampel sich nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner hat einigen können. Die Koalition muss nun nachsitzen und ihr Paket mit Substanz füllen. Beispiel Bürokratie: Während Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke zu Recht die Abschaffung der Stoffstrombilanz einfordert, sattelt die Ampel bei den Dokumentationspflichten immer weiter drauf.

Besonders dreist ist, dass Minister Özdemir versucht, die von der EU beschlossenen Vereinfachungen für Landwirte als seinen eigenen Erfolg zu verkaufen. Dabei war es die Bundesregierung, die die EU-Vorschläge zu Entlastung und Entbürokratisierung beim Ministerrat in Brüssel nicht mitgetragen hat. Jetzt will sich der Minister also dafür feiern lassen, dass er sich an Recht und Gesetz hält und die Vereinfachungen aus Brüssel umsetzt. Das gleicht einem Kabarett. Beispiel unfaire Handelspraktiken: Die kosmetischen Änderungen verbessern die Stellung der Landwirte gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel kaum. Beschwerden von Landwirten hinsichtlich der Vertragsgestaltung mit dem Lebensmitteleinzelhandel hat die Ampel nicht berücksichtigt.

Die vollkommen unverständliche Streichung der Agrardieselerückvergütung belastet unsere landwirtschaftlichen Betriebe mit fast einer halben Milliarde Euro pro Jahr. Als Ausgleich soll zwar die sogenannte Tarifglättung bei der Einkommensteuer befristet verlängert werden. Doch das bringt den Landwirten nur ein Zehntel dessen zurück, was sie an Mehrbelastung durch das Agrardiesel-Aus haben.

Die CDU/CSU-Fraktion wird weiterhin Druck machen, damit die Landwirte spürbar steuerlich entlastet werden. Sie setzt sich zudem für eine umfassende Entlastung bei der Bürokratie ein. Deshalb müssen die Erleichterungen, die die EU den Landwirten eingeräumt hat, auch voll umgesetzt werden.

Impressum:

Ausgabe Nr. 11/2024,
28. Juni 2024

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de
Redaktion/ Vi.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck